

Rede vom 9. September 2003, Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz)

Frau Präsidentin, mit der Bitte um ebenso rücksichtsvolle Berücksichtigung meiner kurzen Redezeit!

(Zuruf von der SPD: Das war doch die Antwort auf die Zwischenfrage!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, ich komme mir hier ein bisschen vor, als wären wir im Maximilianeum. Es geht ständig um Bayern und die Frage, was irgendwo steht. Warum wohl? Das muss ich mich dann wirklich fragen. Das gilt auch für das, was Frau Deligöz gemacht hat: diese Detailfragen und dieses Sich-daran-Festhalten. Wir unterhalten uns hier über einen Haushaltsplan. Das Komische ist: Wenn man versucht, den Landtag da hineinzuziehen, dann ist man wohl an der Kernpolitik, um die es eigentlich geht – Frauen, Familie, Jugend, Senioren –, nicht wirklich interessiert. Dann liegt es am Redner, das zu stoppen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben einen **Sparhaushalt**. Frau Ministerin, ich gebe Ihnen Recht: Es ist einer, und zwar so, wie ein Einzelhaushalt sein muss. Jetzt geht es nicht um die Frage, dass gespart werden muss, sondern darum, wie gespart werden muss. Da müssen wir Wege finden.

(Zuruf von BÜNDNISS 90/DIE GRÜNEN: Wo will denn die FDP sparen?)

– Jetzt kommt die Frage, wo die FDP spart. Es wird so sein wie in der letzten Legislaturperiode, dass wir einzelne Vorschläge zum Sparen machen. Das Komische wird dann sein, dass Sie die ablehnen.

(Nicolette Kressl [SPD]: Es sind bisher nur welche gewesen, die extra gekostet haben!)

– Dass sie die nicht kennen, liegt daran, dass Sie nicht im Haushaltsausschuss sind; aber das macht ja nichts.

Wir haben eigentlich großes Glück – auf der anderen Seite beklagen wir es wieder –, dass dieser Haushalt überhaupt noch am Leben ist und einigermaßen funktionsfähig ist. Das liegt an der sinkenden **Geburtenrate**. Hätten wir wirklich die Geburtenraten, die wir für unsere Sozialsysteme bräuchten, dann möchte ich nicht wissen, wie hoch die Ausgaben beim Erziehungsgeld, beim Unterhaltsvorschussgeld und in anderen Bereichen wären. Das müssen wir einfach so sehen. Das ist etwas zynisch – das gebe ich sehr gern zu –, aber so ist die Lage im Moment.

Zum **Erziehungsgeld** selbst sage ich ganz kurz: Ich werde hier nicht in Bausch und Bogen behaupten: Nein, auf gar keinen Fall, das können wir nicht machen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Meine Frau und ich haben für die ersten beiden meiner drei Kinder Erziehungsgeld bekommen. Ich habe mich darüber gefreut. Es hat das familiäre Leben in den ersten sechs Monaten erleichtert. Aber ich sage Ihnen auch ganz klar: Es war zum Teil ein Luxus, den ich für meine Familie gern in Anspruch genommen habe; denn er hat auch dafür gesorgt, dass meine Frau und ich Zeit für die Familie hatten.

Wenn es uns allen schlechter geht, dann müssen wir aber auch gucken, wo wir an dieser Stelle einsparen können. Wo hier die richtigen Grenzen sind, möchte ich vorsichtigerweise nicht sagen. Das wissen wir noch nicht genau. Das Ministerium hat seine Vorstellungen bekannt gemacht. Wir werden wahrscheinlich auch sagen, wo wir die Grenzen sehen. Aber wir müssen noch schauen. Mit einem generellen Nein – das sage ich auch in Richtung CDU/CSU – bin ich nicht einverstanden. –

Zu der Frage, was den anderen Bereich gerade der letzten 18 Monate betrifft, wird die Kollegin Lenke sicherlich nachher noch ein paar Worte finden.

Die globale Minderausgabe, die beim Bundesamt für den Zivildienst vorliegt, ist – auch da wollen wir realistisch sein –, auch noch ein Riesenbrocken. Zum **Zivildienst** selbst: Frau Ministerin, Sie haben hier sehr nett formuliert, dass mit den Wohlfahrtsverbänden nun alles in Ordnung ist. Aber jetzt wollen wir doch einmal ganz ehrlich sein: Der Grund dafür, dass wir diese Zahl überhaupt halten können, obwohl wir wieder auf die 70 Prozent gehen, weil die alte Regelung wieder in Kraft tritt, liegt doch schlichtweg darin, dass wir weniger Zivildienstleistende haben.

(Beifall bei der FDP)

Dann erinnere ich mich an die leider etwas verquaste Diskussion, die wir darüber hatten, dass weniger Zivildienstleistende weniger Hilfe für die Kranken, Alten und Schwachen bedeuten. Dafür sind Zivildienstleistende nicht da. Ich finde es aber bemerkenswert, dass diese Diskussion hier bisher so nicht aufgekommen ist. Letztlich – das wissen Sie auch aus Gesprächen, die wir geführt haben – finde ich diese komische Vorstellung von Gerechtigkeit, nämlich dass die Zahlen der Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden möglichst gleich sein sollen, nicht so ganz angenehm. Ich gebe aber andererseits aus Sicht der FDP gern zu, dass ich froh darüber bin, dass dadurch ein weiterer Druck auf die Frage von Wehrgerechtigkeit und Zivildienstgerechtigkeit kommt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Es wird nachher so sein, dass junge Leute sagen: Beim Zivildienst werden nur 60 Prozent der Bewerber gezogen, bei der Bundeswehr 70 Prozent, dann gehe ich lieber in den Zivildienst; vielleicht habe ich Glück und wenn ich dann vier, fünf oder sechs Jahre später beim Bewerbungsgespräch bin, habe ich den Vorteil, dass ich ein Jahr jünger bin und der andere seine Wehrpflicht oder seinen Zivildienst absolviert hat. Das kann nicht sein.

Ich bin gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie Sie dieses Problem auf Ihrem Parteitag lösen werden. Ich kann es mir vorstellen. Denn leider ist es so, dass, obwohl wir dieses Ministerium seit fast 50 Jahren haben, es aufgrund dieses so dünnen Haushaltsplanes – wir tun hier so, als wäre das ein ganz großer Haushaltsplan und als ginge es um sehr viele Dinge – nicht für wichtig genommen wird. Es wird wichtig geredet und angeblich für wichtig gehalten, aber es wird nicht für wichtig genommen, weil der Haushalt wenig Bedeutung hat. Die meisten finanziellen Mittel – das wissen Sie ganz genau – laufen über Steuern und Finanzen und an ganz anderer Stelle, nur nicht in dem Ministerium. Außerdem muss es darum gehen, dass sich die Ministerin gegen einen Kanzler durchsetzen kann, der manchmal auch unschöne Worte – in dem Falle ein G-Wort – für diese Art der Politik benutzt hat.

Eine letzte Bemerkung. Ich habe gedacht, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland bei der Frage der **Eigenverantwortung** in die richtige Richtung gehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nicht mit dieser Regierung!)

Der Finanzminister hat heute Morgen gesagt, eine Vollkaskoversicherung – das sei einmal von der FDP gekommen – könnten wir uns nicht mehr leisten. Das stimmt.

Ich finde es aber interessant, nun zu sehen, was es für Sie bedeutet, wenn mehr Verantwortung übernommen werden muss. Ich habe immer gedacht, das fänden alle gut, bis ich erfahren habe, welche Stellung die Grünen auf ihrer Tagung in Miesbach zu der Frage bezogen haben, wer für wen wie lange unterhaltspflichtig ist. Wenn wir damit anfangen würden, dass Kinder zukünftig für ihre Eltern nach einer bestimmten Zeit nicht mehr unterhaltspflichtig sind oder umgekehrt – die Frage nach möglicher staatlicher Leistung ist in diesem Falle egal –, dann entbinden wir sie von der gegenseitigen Verantwortung, die es in den Familien gibt.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Eine Grundsicherung im Alter haben wir jetzt schon!)

Diese wollen wir aber doch gerade fördern und stärken, deswegen brauchen wir doch die Familien.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist richtig! Fricke hat Recht!)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Sie sind der Meinung, dass das richtig ist. Ich bin gespannt, wie die Ministerin es begründen wird, warum es falsch ist. Ich hoffe jedenfalls, dass sie das tun wird.

Herzlichen Dank.